

**Rede von Herrn Ministerialdirektor Dr. Kass anlässlich der
2. jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE
Key-note Speech, Session 2**

Anrede,

ich bedanke mich für die Einladung zu der 2. Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE und der damit verbundenen Möglichkeit, die uns alle bewegende Thematik „Grenzschutz“ aus deutscher Sicht beleuchten zu können. Der Schutz der Außengrenzen nimmt zunehmend größere Bedeutung ein. Und dies gilt für alle Staaten Europas. Eine alte Grenzschutzphilosophie besagt „Die innere Sicherheit eines Staates beginnt von seinen Grenzen her“. Dieser Grundsatz hat vor allem für die erweiterte europäische Gemeinschaft Bedeutung, da die Binnengrenzkontrollen in überschaubarer Zukunft weitgehend abgeschafft werden und freier, d. h. unkontrollierter Personen- und Warenverkehr in weiten Teilen Europas Alltag sein wird. Entsprechend kommt der Außengrenzsicherung der Europäischen Union herausragende Bedeutung zu.

Meinen Ausführungen möchte ich zunächst eine kurze Bedrohungsanalyse voranstellen, wobei ich mir der grundsätzlichen Unwägbarkeiten, die einer Prognose anhaften, bewusst bin:

1. Die ungesteuerten Migrationsbewegungen nach Europa werden aufgrund des raschen Bevölkerungswachstums vor allem in Asien und Afrika sowie aufgrund der dortigen geringen wirtschaftlichen Prosperität/ungünstigen Lebensbedingungen anhalten – vermutlich zunehmen.
2. Die europäischen Staaten werden auch für die überschaubare Zukunft im Vergleich zu den benachbarten Staaten „Inseln des Wohlstands“ sein, die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität weiter anziehen.
3. Der Wegfall der Binnengrenzkontrollen schafft einen einheitlichen kriminalgeographischen Raum vom Nordkap bis Sizilien und bald vom Schwarzen Meer bis an den Mittelatlantik.
In diesem Raum sind derzeit zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Vielzahl unterschiedlich strukturierter und organisierter Behörden tätig; diese Vielfalt bringt Kompetenzüberschneidungen und Kommunikationsprobleme mit sich.

Hinzu kommen unterschiedliche politische Ansätze/Vorgaben bei der Kriminalitätsbekämpfung.

Diese Umstände machen sich organisierte, kontinental arbeitende kriminelle Strukturen zu Nutze.

4. Der internationale – und damit Grenzen überschreitende – Terrorismus nimmt zu und erfordert wirksame, zielgerichtete Abwehrmaßnahmen, die bei Einreisekontrollen beginnen.

Von diesen Kriminalitätsformen sind nicht nur die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sondern alle Staaten in Europa in mehr oder weniger gleichem Umfang betroffen.

In diesem Umstand liegt jedoch zugleich die politische Chance zu einer erfolgreichen europaweiten Gegenwehr: Denn nicht nur die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, sondern auch die unserer europäischen Nachbarstaaten, betrachten die Entwicklung der inneren Sicherheit in ihren Ländern mit großer Aufmerksamkeit – ja zum Teil auch mit Sorge.

Um den gegenwärtigen und künftigen Gefahren wirksam begegnen zu können, hat der BGS neue Strategien entwickelt. Der Grundgedanke ist ebenso einfach wie wirkungsvoll. Grenzüberschreitende Kriminalität kann nur durch grenzüberschreitende Kooperation wirksam bekämpft werden.

Der Bundesgrenzschutz als Polizei des Bundes hat in den letzten Jahren die grenzpolizeiliche Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aber auch mit den Staaten im östlichen Europa erheblich ausgebaut.

Unsere grenzpolizeiliche Zusammenarbeit beruht dabei auf zwei Säulen:

- Multinationale Kooperation
- Bilaterale Kooperation.

Der multinationale Ansatz heißt „Europäische Grenzpolizei“. Deutschland hat bekanntlich an diesem Projekt maßgeblich mitgewirkt. Mit der nun politisch beschlossenen Errichtung einer Europäischen Grenzschutzagentur zum 01. Januar 2005 wird – neben EUROPOL – die zweite bedeutende Sicherheitsbehörde der Europäischen Union geschaffen. Sie soll die Arbeit der nationalen Grenzschutzbehörden koordinieren, begleiten und in einem

späteren Schritt auch evaluieren. Die Ausbildung der Grenzschutzbeamten soll EU-weit harmonisiert werden; gemeinsames Gerät wird beschafft. Die Agentur wird aktuelle Lagebilder erstellen und gemeinsame Einsätze planen.

Das in meiner Abteilung angesiedelte Zentrum „Landgrenzen“, das ab Anfang 2005 der Grenzschutzagentur zugeordnet wird, hat seit Oktober 2002 bereits 12 gemischte Operationen durchgeführt, in denen Beamte aus allen Staaten der EU bzw. der früheren Beitrittskandidatenstaaten gemeinsam an Schwerpunktstellen der EU-Landaußengrenzen ihren Dienst für Wochen versahen. Diese Formen praktischer grenzpolizeilicher Zusammenarbeit werden jetzt auch auf Flughäfen und die Überwachung des Seeraumes vor allem im Mittelmeer ausgedehnt. Diese gemeinsamen Operationen stellen den Nukleus für die zukünftige grenzpolizeiliche Zusammenarbeit dar. Damit werden in der Praxis die politischen Vorgaben umgesetzt, multinationale Kooperationsformen zu intensivieren und zu fördern.

In bilateraler Hinsicht hat der Bundesgrenzschutz ein ganzes Bündel von Maßnahmen umgesetzt, die ich hier nur stichwortartig ansprechen möchte:

Der Einsatz deutscher Grenzpolizeibeamter auf Flughäfen und Seehäfen in Italien und Spanien seit 2001 an Brennpunkten illegaler Migration ist mittlerweile ebenso Alltag wie es gemeinsame Streifen auf der Bahnstrecke München – Bozen durch deutsche, österreichische und italienische Polizeibeamte sind.

Gemeinsame Streifen finden seit 1998 regelmäßig mit den polnischen Grenzschutzbeamten und seit dem vergangenen Jahr auch mit den tschechischen Kollegen statt.

In einer Vielzahl europäischer Länder - im Osten in Moskau und Tiflis/Georgien - hat der Bundesgrenzschutz Grenzpolizeiliche Verbindungsbeamte stationiert. Das Netz wird weiter ausgebaut. Die Beamten haben sich als Garant für einen schnellen und zeitnahen Informationsaustausch erwiesen. Sie halten zudem die Kontakte zwischen dem Bundesinnenministerium und der jeweiligen Partnerbehörde.

Vor allem aber unterstützt der Bundesgrenzschutz nahezu alle mittel- und osteuropäischen Staaten, insbesondere Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowenien, Bulgarien und Rumänien, beim Aufbau effektiver und demokratisch strukturierter Grenzschutzorganisationen im Rahmen von EU-Phare-Twinning-Projekten. Die Projekte in Polen, Ungarn,

Slowenien und Tschechien wurden weitgehend abgeschlossen. Die Projekte in Bulgarien und Rumänien laufen planmäßig.

Ausbildungshilfe und nationale Ausstattungshilfe ergänzen diese Programme. Zahlreiche Angehörige der Grenzschutzorganisationen der mittel- und osteuropäischen Staaten werden Jahr für Jahr in Deutschland fortgebildet. Seit dem vergangenen Jahr nehmen Kursanten aus Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien sowie Georgien an den regulären Laufbahnausbildungen für den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst in Deutschland teil.

Ein neues Aufgabenfeld nimmt seit 2001 der westliche Balkan ein, eine der Hauptrouten für Schleusung, Schmuggel und Rauschgifthandel. Deutsche Grenzschutzbeamte helfen im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa gemeinsam mit österreichischen und slowenischen Beratern, Kroatien als Partnerstaat und zwar die dortige Grenzschutzorganisation und das Asyl- sowie Migrationsregime effektiver zu gestalten. Und seit diesem Jahr werden auch Bosnien-Herzegowina und voraussichtlich Serbien beim Aufbau leistungsfähiger, am westlichen Vorbild orientierter Grenzschutzorganisationen unterstützt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die OSZE hat mit ihrer heutigen Sitzung ein Thema aufgegriffen, das, wie ich bereits ausgeführt habe, für die Bundesregierung von großer politischer Bedeutung ist und in dem sich Deutschland in der jüngeren Vergangenheit bereits bilateral stark engagiert hat.

Die OSZE, die sich seit ihrer Gründung im Jahre 1974 der Sicherung des Friedens in unserem Kontinent und der Förderung der Zusammenarbeit der Staaten Europas verpflichtet hat, hat zur Überwindung der europäischen Teilung beigetragen. Die Auswirkungen der politischen Umbrüche zu Beginn der 90-iger Jahre des vergangenen Jahrhunderts berühren Ost und West gleichermaßen und sie berühren nahezu alle Lebensbereiche und Organisationsformen unserer Staaten. Dies gilt für den Bundesgrenzschutz, der in den letzten Jahren europäischer geworden ist, und es gilt für alle Partnerorganisationen im Bereich der OSZE. Diese Feststellung, die für uns im Jahre 2004 ganz natürlich wirkt, halte ich gleichwohl für außerordentlich bedeutsam. Denn wer hätte vor 15 Jahren daran gedacht, dass an der Grenzschutzschule in Lübeck beispielsweise rumänische und russische

Führungskräfte in der Technik der Grenzsicherheit ausgebildet würden? Und wer hätte vor 15 Jahren gedacht, dass Bundesgrenzschutzbeamte als gern gesehene Gäste zum Beispiel in Polen oder Bulgarien ihren dortigen Kollegen Aufbauhilfe leisten? Ich möchte an diesen Beispielen in Erinnerung rufen, welche rasante Entwicklung Europa und damit verbunden der Bereich der inneren Sicherheit genommen hat. Und zwar in einem Bereich, in dem staatliche Souveränität, hoheitliches Handeln, aber auch frühere Reflexe von Geheimhaltung und Abschottung unmittelbar berührt werden. Das Tempo dieser Entwicklung wird anhalten – dessen bin ich mir gewiss.

Die OSZE leistet hierzu ihren Beitrag: Entsprechend des Ministerrates von Maastricht wird sie Grenzschutzstrategien erarbeiten und bis zum kommenden Ministerrat in Sofia Ende dieses Jahres vorlegen. Aus unserer Sicht sollten dabei folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Die Ausrichtung einer Grenzpolizei sollte eindeutig auf polizeilichen Aspekten beruhen. Die früher oft anzutreffende militärische Prägung sollte durch eine zivile, das heißt polizeiliche Grundausrichtung ersetzt werden.
- Zu schaffen sind leistungsfähige, effizient und effektiv arbeitende Polizeiorganisationen. Diese sollten über die notwendige, moderne Ausrüstung verfügen, damit sie im Kampf gegen technisch zum Teil hochmodern ausgestattete Verbrechersyndikate erfolgreich bestehen können. /
- Die innere Verfassung der Grenzschutzorgane muss demokratisch ausgerichtet sein; Menschenführung, Beachtung der Menschenrechte seien hier als Stichworte genannt; die Vergütung der Beamten darf Korruption nicht Vorschub leisten.
- Grenzschutzorganisationen müssen in vernünftiger Weise in die Sicherheitsstruktur eines Landes eingebettet sein; das heißt, Aufgabenüberschneidungen, doppelte Zuständigkeiten, Kompetenzwirlwarr sind zu vermeiden. Im Übrigen darf ich auf die guten Erfahrungen hinweisen, die wir in Deutschland mit der Eigenständigkeit des Grenzschutzes gemacht haben; angesichts des besonderen Anforderungsprofils an die Mitarbeiter, aber auch im Hinblick auf die Bedeutung der Aufgabe empfiehlt sich eine selbständige Organisationsform.

- Vor allem müssen die Grenzschutzorganisationen international aufgestellt sein; wie ich bereits ausführte, wird kein Land in Europa allein den Herausforderungen grenzüberschreitender Kriminalitätsformen gerecht werden; nur engste und auch wirklich vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den jeweiligen Nachbarn bzw. mit den europäischen Behörden wird zum Erfolg führen; hier muss vor allem das mentale Verständnis geweckt werden, dass jeder Grenzschützer in Europa, gleichwohl welche Uniform er trägt, neben dem Land, dem er dient, zugleich auch Europa als Ganzes schützt – und dass der Schutz, den er Europa gewährt, zugleich von seinen Kollegen beispielsweise in Portugal oder Norwegen zurückgegeben wird.

Ich würde mir wünschen, wenn diese Gedanken in dem von Ihnen zu entwickelnden Strategiepapier sich wieder finden würden.

Deutschland wird sich bei der Unterstützung Ihrer Arbeit nicht verweigern. Mit dem Leitenden Polizeidirektor Schumm sowie dem Ersten Polizeihauptkommissar Karohl hat die Bundesregierung zwei wichtige Experten zur Verfügung gestellt. Daneben haben wir eine Reihe von Fact-Finding-Missions finanziert. Auch zukünftig werden wir unseren Beitrag für eine erfolgreiche Arbeit leisten.

Und so möchte ich am Ende meines Beitrages noch einmal die Bedeutung der Sicherheit unserer Grenzen für unsere jeweiligen Völker aber auch für Europa als Ganzes herausstreichen. Und damit verbinde ich die Aufforderung an alle Teilnehmerstaaten dieser Konferenz, sich dieser Herausforderung aktiv zu stellen, und ihre Grenzschutzorganisationen mit den nötigen finanziellen, materiellen und personellen Ressourcen auszustatten, die diese für eine erfolgreiche Arbeit benötigen. Die internationale Zusammenarbeit muss institutionalisiert werden, bisherige Arbeitspraktiken und Traditionen sind zu überdenken und eventuell anzupassen. Dies alles erfordert Mut und Umsicht – vor allem aber Verständnis – bei den Mitarbeitern aber auch bei der Führung der jeweiligen Organisation. Dafür zu werben, ist mein Anliegen – und so sehe ich mit Spannung der Diskussion entgegen.